



GESCANNT

21. Sep. 2015

Regierungsrat, 9102 Herisau

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und  
Innovation SBFI  
Abteilung Bildungszusammenarbeit  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

SBFI / SEFRI					
21. SEP. 2015					
	z. K.	z. Erl.		z. K.	z. Erl.
DIR			HBS		
stv. DIR			HS		
GEKO			NFI		
KOMM			IFI		
INT			ARE		
BZ			KE		
BZ					
BGM					

**Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. 071 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 18. September 2015

## Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Juni 2015 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft Bildung und Forschung (WBF) eingeladen, an einer Anhörung zur eingangs erwähnten Vorlage teilzunehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Den Ausführungen zur verfassungsmässigen Abstützung, zum Stellenwert und zur Ausrichtung der Bildungszusammenarbeit von Bund und Kantonen im erläuternden Bericht kann zugestimmt werden. Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Sinne der Bildungsverfassung von 2006 hat sich gut eingespielt und funktioniert pragmatisch im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und durch die entsprechenden Organe. Es müssen hierfür keine neuen Zuständigkeiten begründet oder weitergehende Regelungen geschaffen werden. Davon geht richtigerweise auch die Vernehmlassungsvorlage aus.

Das Bildungszusammenarbeitsgesetz ersetzt verschiedene Rechtsgrundlagen, die bisher die Zusammenarbeit und Mitfinanzierung des Bundes begründet haben, namentlich das jeweils auf vier Jahre befristete Bildungssteuerungsgesetz. Der neue Erlass umschreibt in allgemein gehaltenen Formulierungen, wie der Bund seine verfassungsmässige Verpflichtung zur Zusammenarbeit und Koordination im Bildungsbereich wahrnehmen will. Konkrete Massnahmen oder Inhalte fehlen gänzlich, diese werden erst auf Stufe der Zusammenarbeitsvereinbarung begründet. Entscheidend ist dabei, dass die eingeübte Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in den Bereichen Bildungsmonitoring, Bildungsberichterstattung sowie Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung am System unkompliziert und partnerschaftlich weitergehen kann und der Bund sich weiterhin mindestens im heutigen Umfang an der Finanzierung dieser Aufgaben beteiligt. Konkret geht es um das Monitoring und den Bildungsbericht, PISA und die Institutionen SKBF, educa, SDBB, WBZ und IFES.



Die geplante Zusammenarbeitsvereinbarung ist grundsätzlich eine pragmatische, flexible und geeignete Grundlage für die Konkretisierung der Zusammenarbeit und Koordination im Bildungsbereich. Diese muss aber verlässlich und langfristig ausgerichtet sein und sich an der bestehenden Aufgabenteilung und der heutigen Aufteilung der finanziellen Lasten orientieren. Im schlank gehaltenen Bildungszusammenarbeitsgesetz werden keine konkreten Inhalte, Vorhaben oder Institutionen explizit genannt. Diese Tatsache darf nicht dazu führen, dass künftig aus diesem Grund keine Beiträge mehr für bestehende Vorhaben ausgerichtet werden könnten. Das gilt insbesondere für die oben genannten Institutionen und dabei speziell für das Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES). Daher sind die entsprechenden Ausführungen im Kommentar zu begrüßen. Dort wird deutlich die Absicht geäußert, dass der Bund bereit ist, die künftige Zusammenarbeit und Koordination im Bildungsbereich in ähnlich pragmatischer und bewährter Art und Weise zu gestalten, wie bisher.

Die Ausführungen des Kommentars zum Finanzbedarf und die dabei genannten Beträge sind aus unserer Sicht korrekt.

Die Erarbeitung, der Abschluss und der Vollzug einer Zusammenarbeitsvereinbarung werden in einem zu definierenden Prozess erfolgen. Der damit verbundene personelle Aufwand und die prozeduralen Konsequenzen sind heute noch nicht abschätzbar. Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen darf wegen der einzuführenden Vereinbarung nicht spürbar komplizierter oder aufwändiger werden. Sie soll wie bisher pragmatisch und in den angestammten Strukturen mit einem vernünftigen und leistbaren Aufwand gestaltet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber